

Prof. Prashad - Baerbocks Kommentar zu China, Ukraine & Putsche in Afrika

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Heute spreche ich mit dem Journalisten und Historiker Vijay Prashad über Globalpolitik und den Krieg in der Ukraine. Vijay Prashad ist der Autor von mehr als 30 Büchern, darunter „The Withdrawal: Irak, Libyen, Afghanistan und die Fragilität der US-Macht“ sowie „Washington Bullets: Geschichten über die CIA, Verschwörungen und Auftragsmorde“. Vijay, willkommen zurück in der Sendung.

Vijay Prashad (VP): Es ist ein Vergnügen, bei Ihnen zu sein!

ZR: Ich möchte dieses Interview mit China beginnen. Jüngste Entwicklungen deuten darauf hin, dass Europa, insbesondere Deutschland, eine härtere Haltung gegenüber China zu vertreten sucht, obwohl wir wichtige Handelspartner sind. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, warf China letzte Woche in einer Rede zur Lage der Nation unfaire Handelspraktiken vor. Sie behauptete, China verzerre den europäischen Markt, indem es ihn mit staatlich subventionierten Solarpanelen und Elektrofahrzeugen überschwemme, und kündigte an, dass die EU-Kommission eine Antisubventionsuntersuchung einleiten werde, um diese Angelegenheit zu untersuchen. Die deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, sagte kürzlich in einer Sendung auf Fox News über den Krieg in der Ukraine, und ich möchte sie hier zitieren: „Wenn Putin diesen Krieg gewinnen würde, was wäre das für ein Zeichen für andere Diktatoren in der Welt, wie den chinesischen Präsidenten Xi?“ Später rechtfertigte sie in der Tagesschau ihre Haltung mit der Aussage, China sei ein kommunistisches Einparteiensystem mit massiven Menschenrechtsverletzungen und eine Bedrohung für andere Staaten wie die Philippinen. Wie bewerten Sie diese Entwicklungen? Driftet Europa von China ab und welche Bedeutung hat dies für die globale Stabilität?

VP: Beginnen wir mit der deutschen Außenministerin, denn ihr Kommentar war eher von allgemeiner Natur. Und dann können wir Ursula von der Leyen und das spezifischere Thema der Subventionen ansprechen. Okay? Lassen Sie uns also das Gesamtbild betrachten.

Ich meine, was soll ich der deutschen Außenministerin sagen? Aus meiner Sicht war das eine äußerst undiplomatische Äußerung von ihr, mit einem Begriff wie Diktator um sich zu werfen. Dieses Wort ist nicht leichtfertig zu verwenden. Nun verstehe ich, dass Deutschland seine eigene unangenehme Geschichte mit Diktatoren hat. Es hat seine eigene hässliche Vergangenheit nur teilweise reflektiert und vergisst zuweilen die eigene Geschichte. Und ohne sich zu seiner eigenen Vergangenheit zu bekennen, verhält es sich dann recht arrogant gegenüber anderen Ländern. Aber lassen wir das mal beiseite. Ist China eine Diktatur? Eine interessante Frage. Es gibt 1,4 Milliarden Menschen in China. Davon gehören 95 Millionen Menschen der Kommunistischen Partei an. Meiner Meinung nach ist die Kommunistische Partei eine äußerst vielfältige Organisation. Es gibt Menschen mit den unterschiedlichsten Meinungen. Einerseits gibt es Leute, die in der Tat neoliberal sind und enge Beziehungen zu Deutschland wünschen usw. Es gibt Leute, die der maoistischen Linken angehören und eine aggressivere Haltung, eine antiimperialistische Position usw. einnehmen wollen. Ich bin viel in China herumgereist und habe viele Menschen getroffen, die sich auf die eine oder andere Weise mit chinesischer Politik beschäftigen. Es ist eine ziemlich blühende Gesellschaft und ein blühendes Land. Neulich habe ich auf Facebook gelesen, dass Ingar Solty, eine führende Person aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine lange Reise nach China unternommen hat und sagte: „Wir in Europa müssen wirklich die Art und Weise überdenken, wie wir China auf diese eindimensionale Weise betrachten.“ Ich hielt das für eine sehr interessante Aussage. Ich stimme mit Ingar Solty überein. Er steht der Partei Die Linke nahe. Ich hoffe sehr, dass diese Ansicht zumindest eine Minderheitsposition innerhalb des deutschen politischen Establishments ist. Diese Art von lockerer, undiplomatischer Aussage, Xi Jinping sei ein Diktator, wenn er der Vorsitzende einer Partei mit 95 Millionen Menschen ist - eine viel größere politische Partei als die von Frau Baerbock, offen gesagt. Wenn sie davon spricht, ob es in China eine politische Lösung gibt, wie sieht es dann in Deutschland aus? Ich habe den Eindruck, Zain, und vielleicht liege ich damit völlig falsch, aber ich habe den Eindruck, dass die Eliten in Deutschland nicht auf die Menschen hören. Ich meine, die Menschen würden zum Beispiel gerne sehen, dass Deutschland eine Friedensagenda in der Ukraine unterstützt, damit Deutschland wieder zu einer halbwegs anständigen Wirtschaft zurückkehren kann, und nicht, dass es einen Konflikt mit China beschleunigt. Mir scheint, dass Annalena Baerbock eher Befehle aus Washington D.C. entgegennimmt als vom deutschen Volk. Lassen Sie uns also ernsthaft über Demokratie und Ähnliches reden. Immerhin hat sie diese Äußerungen auf Fox News gemacht, kein seriöser Ort, um über diese Dinge zu sprechen.

Nun zu der Frage der Menschenrechtsverletzungen. Okay, lassen Sie uns eine faire und offene Diskussion über Menschenrechtsverletzungen führen. Lassen Sie uns ehrlich und klar über diese Dinge sprechen. Ich glaube nicht, dass irgendjemand etwas zu verbergen hat. Aber

dann lassen Sie uns die Karten offen auf den Tisch legen. Lassen Sie uns über die Rolle der Menschenrechtsverletzungen sprechen, die in Afghanistan und im Irak ungesühnt geblieben sind. Die Rolle von Deutschland in Afghanistan. Lassen Sie uns diese Akte öffnen. Reden wir also ganz allgemein. Ich weiß, dass die Leute, wenn ich solche Dinge anspreche, sagen: Oh, du bist ein Whataboutist? Du willst dich nicht mit Xinjiang auseinandersetzen, du wechselst das Thema zu Afghanistan? Nein, mein Freund, das sage ich nicht. Ich meine die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die ohne weiteres eine Akte öffnen und sagen kann: Sehen Sie, Deutschland will sich in Sachen Menschenrechte moralisch profilieren. Wir wollen in der Lage sein, China zu kritisieren. Also öffnen wir das Buch über die Menschenrechtsverletzungen der deutschen Truppen in Afghanistan. Soweit ich weiß, hat Deutschland nie eine Untersuchung über seine Rolle bei Menschenrechtsverletzungen während des Krieges gegen den Terror eingeleitet. Hat irgendein Deutscher an der Überführung afghanischer Bürger nach Guantanamo mitgewirkt? Ich glaube nicht, dass es jemals eine Untersuchung gegeben hat. Ich möchte also nicht, dass ein hoher Beamter der deutschen Regierung so tut, als hätte er die höchste moralische Instanz in Sachen Menschenrechte, bis er in seinem eigenen Laden aufräumt. Das nennt man das Ausmisten des Augiasstalls, oder wenn Sie Christ sind, nennt man es Jesus, der in den Tempel geht und die Tempelsäuberung fordert. Räumen Sie zuerst Ihren eigenen Tempel auf, Annalena Baerbock, und beginnen Sie dann, die Welt zu belehren. Das war's dann auch schon.

Frau von der Leyen ist in vielerlei Hinsicht eine umstrittene Person. Aber lassen wir ihre persönlichen Kontroversen einmal beiseite. Die Frage nach staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft ist für einen Europäer eine ungewöhnliche Fragestellung. Lassen Sie uns über Airbus sprechen. Airbus ist ein europäisch subventioniertes Projekt und hat daher einen enormen Vorteil gegenüber Verkehrsflugzeugen in der ganzen Welt. Boeing in den Vereinigten Staaten wird durch Waffenkäufe der US-Regierung vollständig staatlich subventioniert. Es gibt verschiedene Möglichkeiten für den Staat, die Industrie zu subventionieren. In Europa wird die Landwirtschaft subventioniert. Wissen Sie, das ist der Grund, warum Indien, Brasilien und Südafrika 2002/2003 in Cancun, Mexiko, die IBSA-Gruppe gegründet haben - aufgrund der staatlichen Subventionierung der europäischen Landwirtschaft. Offen gesagt, Frau von der Leyen, jeder subventioniert seine Wirtschaft. Jeder Staat interveniert. In Europa zum Beispiel intervenieren die Staaten, um Straßen zu bauen, um Häfen zu bauen, um Infrastruktur zu errichten, die der Industrie zugute kommt. Es ist albern zu behaupten, dass China eine staatliche Subvention für den grünen Sektor hat. Jedes Land der Welt subventioniert den grünen Sektor. Das ist also eine triviale ideologische Behauptung, die nicht auf Tatsachen beruht, Zain. Das ist der springende Punkt. Okay, bezüglich Annalena Baerbock können wir darüber diskutieren, ob Deutschland ein moralisches Recht hat, ein Land zu kritisieren, und hinsichtlich Frau von der Leyen, bezogen auf die Europäische Union, können wir uns fragen, ob sie von Fakten oder Ideologie spricht. Meiner Meinung nach befindet sie sich auf einem ideologischen Streifzug. Es ist eine faktenfreie Diskussion.

ZR: Lassen Sie uns unsere Aufmerksamkeit auf die Ukraine lenken und uns auf die 78. Generalversammlung der Vereinten Nationen konzentrieren, in der die Ukraine ein zentrales Thema darstellte. Als es um die Ukraine ging, erklärte US-Präsident Joe Biden in seiner Rede, und lassen Sie mich hier einen Auszug zitieren, Zitat: „Aber ich frage Sie Folgendes. Wenn wir die Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen aufgeben, um einen Aggressor zu beschwichtigen, kann sich dann irgendein Mitgliedstaat in diesem Gremium auf seine Sicherheit berufen? Wenn wir zulassen, dass die Ukraine zerstückelt wird, ist dann die Unabhängigkeit irgendeiner Nation sicher?“ Zitat Ende.

Der brasilianische Präsident Lula da Silva hingegen erklärte, und ich möchte auch hier einen Auszug zitieren: „Wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten, Frieden zu erreichen, aber keine Lösung wird von Dauer sein, wenn sie nicht auf Dialog beruht. Ich habe bekräftigt, dass wir daran arbeiten müssen, Raum für Verhandlungen zu schaffen. Es wird viel in Waffen und wenig in die Entwicklung investiert.“ In Anbetracht der Tatsache, dass die USA seit 2022 42 Milliarden Euro und Deutschland 17 Milliarden Euro für die Unterstützung der Ukraine ausgegeben haben und dass die Ukraine in jüngster Zeit Gebietsgewinne erzielt hat, z. B. im Osten in Bakhmut, wo sie das Dorf Andriivka zurückerobert hat, und im Süden in Saporischschja in Robotne, halten Sie den Dialog und die Verhandlungen, wie sie der brasilianische Präsident vor der UN dargelegt hat, nicht für unklug?

VP: Das hängt davon ab, worüber wir sprechen. In jeder Schlacht, und diejenigen, die über Gefechte berichtet haben, wenn Sie über den Irak-Krieg oder andere Kriege berichtet haben, wissen, dass man nur schwer von Frontlinien und Gewinnen sprechen kann; Entschuldigung, nicht Irak, Afghanistan. Der Irak war eine andere Sache. Der Irak wurde von den Vereinigten Staaten so heftig bombardiert, dass die irakische Armee abtrünnig wurde und sich in eine Guerillatruppe verwandelte. Es war kein einfacher Kampf. Es war ein Guerilla-Aufstand gegen die US-Besatzung. Aber in Afghanistan, als man dieses Tal, jenes Tal, diese Straße, jene Straße und so weiter verfolgte, wurde klar, dass Gewinne schwer zu messen sind. Die Ukraine hatte eine große Gegenoffensive angekündigt. Sie sollte eigentlich die russische Armee in den Donbass zurückschlagen und tatsächlich in die Donbass-Region vordringen. Das ist nicht geschehen. Es handelt sich um kleine Erfolge. Die Zahl der Toten unter den ukrainischen und russischen Soldaten ist so dramatisch, dass jeder, der von Gebietsgewinnen spricht, den Verstand verloren hat. Die Ukraine versucht verzweifelt, Waffen aus der ganzen Welt für ihre Versorgung usw. zu bekommen. Sie möchte zum Beispiel unbedingt mehr NATO-Waffen erhalten. Kürzlich gab es einen Artikel darüber, wie Pakistan ein [Waffen-]Geschäft gemacht hat, um einen IWF-Vertrag zu bekommen, was ein sehr schlechtes Geschäft ist. Die pakistanische Regierung hat schlecht verhandelt. Die pakistanische Regierung hat ein schlechtes Geschäft mit dem IWF gemacht und offenbar heimlich Waffen an die Ukraine geliefert. All dies geschieht zur gleichen Zeit, in der Biden und die Europäer den Krieg weiterführen wollen.

Es ist eindeutig, dass niemand diesen Konflikt gewinnen kann, okay? Warum wissen wir das? Es gibt nur zwei Möglichkeiten, wie dieser Krieg enden kann. Nummer eins, jemand

gewinnt. Der Westen wird einfach nicht zulassen, dass die Russen gewinnen. Das wird nicht passieren. Wenn die Russen Gewinne erzielen, werden sie die Versorgung der Ukrainer verdoppeln, und die Ukrainer werden in großer Zahl nicht etwa sterben, um territoriale Gewinne zu erzielen, sondern um zu verhindern, dass Russland gewinnt. Und es ist nicht einmal ersichtlich, was ein Sieg Russlands bedeutet, denn die Russen haben erklärt, dass sie nur an der Kontrolle über den Donbass und einen Landkorridor zur Krim interessiert sind. Sie sind nicht daran interessiert, Kiew einzunehmen, aber vielleicht sind sie daran interessiert, diese Regierung zu stürzen. Ich weiß nicht, was ihre eigentlichen Kriegsziele sind, aber der Westen wird nicht zulassen, dass sie sich durchsetzen. Auf der anderen Seite wird Russland nicht zulassen, dass der Westen die Oberhand gewinnt, und es könnte zu einer nuklearen Eskalation kommen. Das ist unvorstellbar. Das wollen wir nicht. Zain, ein vernünftiger Mensch würde sagen, dass niemand diesen Konflikt gewinnen kann, und ich denke, dass Lula da Silva und andere vernünftige Menschen konträr zu Biden und den europäischen Regierungschefs sind, die meiner Meinung nach ihren Verstand verloren haben. Niemand kann also gewinnen. Deshalb muss man einen diplomatischen Prozess einleiten. Wohin soll der diplomatische Prozess führen? Es ist sehr, sehr klar, dass die Ukraine nicht in der Lage sein wird, die Region Donbass zurückzuerobern. Sie wissen, dass die ukrainische Regierung seit den 2010er Jahren bis zum Einmarsch der Russen mit dieser Region wirklich ungeschickt umgegangen ist. Es wurde hervorragend schlecht gehandhabt. Ich meine, sie hatten ein Problem mit der russischen Minderheit. Sie haben es schlecht gehandhabt. Sie haben es auf eine ukrainisch-nationalistische Weise gehandhabt. Ich glaube, sie haben den Donbass verloren. Dieser wird nicht zurückkommen, es sei denn, sie würden ihn besetzen und als eine Art besetzte Zone halten wollen. Ich glaube nicht, dass sie in der Lage sein werden, die Krim zu erobern. Die Krim selbst war immer ein zweifelhafter Bereich der Ukraine. Und da die Ukrainer der Krim immer wieder die Wasserzufuhr versperren, ist es unwahrscheinlich, dass die Russen akzeptieren werden, dass ihr Landkorridor zurückgegeben wird, der einen großen Teil des ukrainischen Territoriums umfasst. Ich weiß also nicht, wie groß der diplomatische Handlungsspielraum ist. Glaubt Selenskyj, dass er tatsächlich gewinnen kann, weil die Briten und andere voll hinter ihm stehen? Das ist eine Illusion. Und diese Illusion verhindert die Diplomatie. Ich bin sehr einverstanden mit der Afrikanischen Union, mit den Brasilianern, mit den Chinesen, mit den indischen Vorschlägen. Ich stimme ihnen allen zu. Sie alle versuchen zu sagen: Kommt an den Verhandlungstisch, ihr könnt nicht gewinnen. Niemand kann das hier gewinnen. Ihr müsst verhandeln. Und Verhandlungen könnten bedeuten, dass die Russen die Regierung von Selenskyj in Kiew tolerieren müssen. Sie werden nicht in der Lage sein, die Regierung zu stürzen. Und die Ukrainer werden tolerieren müssen, dass sie den Donbass verloren haben und möglicherweise einen Landkorridor zur Krim zugestehen müssen. Wenn sie diesen Landkorridor zurückhaben wollen, müssen sie nachprüfbare Garantien geben, dass sie die Wasserversorgung der Krim nicht unterbrechen werden. Die Russen haben bereits 2014 eine Brücke gebaut, um die Krim per Tankwagen mit Wasser zu versorgen - ein sehr teures Unterfangen. Wenn die Ukrainer sagen: „Okay, gebt uns den Landkorridor zurück und wir garantieren Wasser. Wir werden eine überprüfbare Vereinbarung durch die Vereinten Nationen treffen, was auch immer das sein mag, dann

werden die Russen das vielleicht akzeptieren“. Aber all das ist Diplomatie. Und im Moment blockieren Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die Diplomatie. Und das, denke ich, ist besorgniserregend.

ZR: Ende August kam der BRICS-Wirtschaftsblock zu einem dreitägigen historischen Gipfel in Südafrika zusammen. Die BRICS, zu denen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gehören, wurden 2009 gegründet und repräsentieren derzeit 40 % der Weltbevölkerung und 25 % des globalen BIP. Die Gruppe erhielt mehr als 40 Bewerbungen und kündigte an, dass im Jahr 2024 sechs Länder der Gruppe beitreten werden, darunter der Iran, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Argentinien, Ägypten und Äthiopien. Die Tagesschau, Deutschlands Nachrichtensendung zur Hauptsendezeit, erwähnte die grundlegenden Fakten rund um das BRICS-Treffen, versäumte es aber, die Gründe für das Entstehen und das weitere Wachstum dieses Wirtschaftsblocks 14 Jahre später zu nennen. Könnten Sie über die Bedeutung des BRICS-Gipfels sprechen und auch über die Gründe, warum er weiter wächst?

VP: Es ist sinnvoll, die 23 Länder zu fragen, warum sie BRICS beitreten wollten. Nun gut. Jetzt sind zu den 5 Ländern 6 hinzugekommen, und sie umfassen etwa 36 % des weltweiten Anteils am BIP, mehr als der Anteil am BIP der G7 - also der NATO-Länder - und sie [BRICS] umfassen fast 50 % der Weltbevölkerung. Ich kann Ihnen sagen, dass nächstes Jahr höchstwahrscheinlich Venezuela Mitglied von BRICS sein wird, vielleicht auch Nigeria und andere Länder. Indonesien, dann werden Sie fast 50 % des weltweiten BIP-Anteils in BRICS haben. Und ein Großteil des globalen Südens wird dort gut vertreten sein. Nehmen wir nur ein Beispiel dafür, warum Länder den BRICS beitreten wollten. Nehmen wir das Beispiel des UN-Sicherheitsrats. Derzeit gibt es 15 Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, dem wichtigsten Gremium der UN. Fünf dieser Mitglieder des Sicherheitsrates haben einen ständigen Sitz. Die anderen zehn rotieren. Die fünf ständigen Sitze sind interessant. Russland, China, Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Aber was fehlt hier? Es gibt kein afrikanisches Land mit einem ständigen Sitz in der UN. Es gibt kein lateinamerikanisches Land mit einem ständigen Sitz in der UN. Indien, das die größte Bevölkerung der Welt hat, hat keinen ständigen Sitz in der UN. Es gibt zwei kleinere europäische Länder, Großbritannien und Frankreich, und die Vereinigten Staaten. Das bedeutet, dass drei NATO-Länder einen ständigen Sitz in der UN haben, und dann gibt es noch Russland und China. Ich gebe Ihnen nur dieses eine Beispiel, Zain. Brasilien, das größte Land Lateinamerikas, hat keinen ständigen Sitz in der UN, während Frankreich, ein unbedeutendes Land von gestern, Großbritannien, ein Land von gestern, Länder von gestern, einen permanenten Sitz in der UN haben, aber nicht einmal ein afrikanisches Land. Südafrika hat sich darum beworben. Nigeria hat die größte Bevölkerung. Äthiopien. Ich meine, was ist in der Welt los? Diese Länder sind wütend. Sie werden nicht ernst genommen. Die BRICS-Staaten expandieren zum Teil aus kommerziellen Gründen. Jeder weiß, dass man als BRICS-Mitglied eine gute Verbindung zur chinesischen Wirtschaft hat und Zugang zur BRICS-Entwicklungsbank und dergleichen mehr erhält. Es gibt viele gute wirtschaftliche Gründe für einen Beitritt, aber wir sollten auch die

politischen Gründe nicht unterschätzen. Biden sagte, Indien solle [dem UN-Sicherheitsrat] beitreten und einen ständigen Sitz erhalten, aber er sprach offen und ausdrücklich davon, die Macht von Russland und China zu schwächen. Ich meine, Indien wird nicht beitreten, um diese Macht zu schwächen. Es mag eine rechtsgerichtete Regierung haben, aber es wird seine nationalen Interessen an die erste Stelle setzen. Indien hat gezeigt, dass selbst eine rechte Regierung in dieser Zeit nicht bereit ist, sich den Vereinigten Staaten vollständig unterzuordnen. Sie wollten ihre nationalen Interessen an erster Stelle stehen sehen. Das könnte bedeuten, dass sie mit Russland zusammenarbeiten. Die Regierung Biden lebt also in einer Welt von gestern, wenn sie glaubt, dass Indien einen ständigen Sitz erhält und mit Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten abstimmen wird. Vier von ihnen werden einen soliden Block bilden. Vielleicht bekommt Deutschland einen Sitz. Es gibt so etwas wie die G-4. Indien, Brasilien, Japan und Deutschland wetteifern seit Jahrzehnten, seit zwei Jahrzehnten, um einen ständigen Sitz in der UN. Ich glaube nicht, dass Deutschland einen Platz bekommen sollte, ehrlich gesagt, Entschuldigung, dass ich das so sage. Japan. Ich meine, das ist so, als ob die G-7 die UN dominieren würden. Das ist eine schreckliche Idee. Dies wird ein ernsthafter Wettbewerb in den Reihen der oberen Verwaltung der UN, teils, aber es ist auch eine Angelegenheit für vernünftige Leute, die darüber Bescheid wissen und diskutieren sollten. Meiner Meinung nach wird der Tricontinental-Newsletter nächste Woche dazu aufrufen, dass Großbritannien und Frankreich ihre Sitze, ihre ständigen Sitze, aufgeben, wieder zu normalen Mitgliedern der UN werden und diese ständigen Sitze einem lateinamerikanischen Land und einem afrikanischen Land überlassen sollten. Sie wissen schon, vielleicht Brasilien und Nigeria. Aber sicherlich braucht man nicht zwei europäische Länder, vor allem, wenn man bedenkt, dass es keine Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und diesen beiden Ländern gibt. Sie stimmen gemeinsam ab. Sie sind ein NATO-Block im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Also, ja, warum wollen die Menschen die BRICS-Erweiterung? Offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen, aber dies ist auch ein gutes Beispiel für die Missachtung, die die Mehrheit der Weltbevölkerung von den NATO-Ländern empfindet.

ZR: Es scheint, dass der Ukraine-Krieg die Welt erfolgreich in zwei wirtschaftliche und militärische Blöcke geteilt hat, ähnlich wie der Kalte Krieg zwischen der Sowjetunion und den USA. Doch dieses Mal handelt es sich um die NATO gegen die BRICS. Wie passt die Bewegung der Blockfreien Staaten in all das hinein?

VP: Interessant ist zunächst, dass genau wie im Kalten Krieg die BRICS-Staaten - und lassen Sie uns hier ganz konkret sein, einverstanden? Wir sprechen hier von China. Keines der anderen Länder ist wirklich in der Lage, die Macht der USA herauszufordern. Russland, zum Beispiel, ist ein defensives Land. Es verteidigt seine Interessen in Osteuropa. Russland kann den Westen nicht militärisch konfrontieren. Vielleicht, natürlich, [mit] Atomkraft, was ein großes Problem ist, aber, verstehen Sie, es kann kaum seine Grenzen halten. Es ist kein militärisch starkes Land. China kann seine Grenzen verteidigen. In diesem Sinne haben sie ein ziemlich starkes Militär. Das Land hat Flugzeugträger. Sie verfügen über alles Mögliche.

Sie sind vielleicht nicht in der Lage, einen ausgewachsenen Krieg mit den USA zu führen, und mein Gott, ich hoffe, dass es nie soweit kommt. Mein persönliches Gefühl, Zain, ist, dass China diesen Konflikt überhaupt nicht will, so gut wie gar nicht, und es will jedes Gerede über einen Kalten Krieg auf ein Minimum reduzieren. Es will die Diskussion über das chinesische Jahrhundert minimieren. Daran sind sie nicht interessiert. Es gibt keine Thukydides-Falle. Ich glaube, die CIA hat diesen Begriff Thukydides-Falle erfunden, um zu suggerieren, dass ein großer Krieg ausbricht, wenn eine Macht schwächer wird und eine neue auftaucht. Die Chinesen hingegen erklären, dass wir nicht die Hauptmacht, die einzige Macht, werden wollen. Wir glauben nicht, dass die Welt das braucht. Wir brauchen mehr Zusammenarbeit und ähnliches.

Ich möchte Ihnen also sagen, dass zwar eine Aufteilung dieser Dinge stattfindet, aber BRICS ist kein Block. BRICS ist ein Projekt. Es ist ein Zusammenschluss gleichgesinnter oder nicht so gleichgesinnter Länder, die wirtschaftliche und in gewissem Maße auch politische Interessen gemeinsam haben. Aber es ist kein Block. Sie werden nicht gemeinsam agieren. Ich meine, schauen Sie sich die neuen BRICS an, die ab dem ersten Januar [2024] den Iran und Saudi-Arabien umfassen werden, okay? Sie werden kein Sicherheitsbündnis eingehen. Diese Länder haben ihre eigenen internen Probleme. Es handelt sich also nicht um einen Block in diesem Sinne. Die NATO ist ein Block. Sie ist in der Tat ein militärisches Sicherheitsbündnis mit einer Verfassung oder einer Charta, die besagt, dass, wenn ein Mitglied angegriffen wird, alle anderen Mitglieder den Angreifer bekämpfen, richtig? BRICS ist kein Block, und das Wort Block wird die Leute verwirren. Nein, es ist eine wirtschaftliche Formation und ein politisches Projekt. Und deshalb ist es unpassend zu sagen, die NATO ist gegen BRICS, wenn Sie verstehen, was ich meine? Ja, die NATO hat eine militärische Agenda und eine Agenda der Vorherrschaft. BRICS hat das nicht wirklich. Interessanterweise warte ich darauf, dass ein europäisches Land formell den Beitritt zu den BRICS beantragt. Darauf warte ich noch. Macron aus Frankreich wollte den BRICS-Gipfel in Johannesburg besuchen und dort eine wichtige Position einnehmen, aber ein europäisches Land hat noch keinen Antrag auf Mitgliedschaft in BRICS gestellt. Das wäre wirklich interessant.

ZR: Welchen Platz nimmt die Bewegung der Blockfreien in dieser Geopolitik ein?

VP: Ja, das ist eine wichtige Sache. 1961 gab es eine formelle Konferenz. Die Bewegung der Blockfreien Staaten traf sich in Belgrad, wobei es eine formelle institutionelle Struktur gibt, die sich die Bewegung der Blockfreien Staaten - NAM [Non-Aligned-Movement] - nennt. Sie trifft sich jedes Jahr. Sie tagt auch heute noch. Es gibt einen Block innerhalb eines tatsächlichen Verhandlungsblocks, nicht eines militärischen Blocks innerhalb der UN, die G77, die gerade ihr jährliches Treffen in Havanna, Kuba, abgehalten hat. Kuba ist der Präsident der G77. Dies sind Instrumente der früheren blockfreien Struktur, die weiterhin bestehen. Aber wir befinden uns jetzt in einer anderen Phase. Dies ist nicht die Bewegung der Blockfreien der sechziger Jahre. In gewisser Weise. Ich charakterisiere diese neue Blockfreienbewegung eher als eine Stimmung denn als ein institutionelles Gebilde. Es werden keine, sagen wir mal, neuen Verhandlungsstrukturen geschaffen. Die G77 besteht

weiter, die NAM besteht weiter. Wird diese durch die neue Stimmung wiederbelebt werden? Das haben wir bereits in Havanna dieses Jahr gesehen. Wir haben bereits gesehen, dass die G77 viel aktiver war als zuvor, geradezu begeistert von der Erweiterung von BRICS und so weiter.

ZR: Ich möchte zu Afrika übergehen. In den letzten Jahren hat es in West- und Zentralafrika eine Reihe von Militäputschen gegeben, genauer gesagt acht. Zu den jüngsten Beispielen gehören Burkina Faso im Jahr 2022, Nigeria und Gabun im Jahr 2023. Schaut man sich die Tagesschau, Deutschlands größte Nachrichtensendung zur Hauptsendezeit, an, werden diese Gruppen in sehr einfachen Worten und ohne viel geopolitischen und historischen Kontext erklärt. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, auch bekannt als ECOWAS, die mit westlichen Ländern zusammenarbeitet, wird auf der einen Seite als der fortschrittlichere Block dargestellt und wird im Falle der Androhung militärischer Maßnahmen gegen afrikanische Staaten, die einen Militäputsch erlebt haben, unterstützt. Können Sie uns mehr über den Kontext dieser jüngsten Putsche und die tatsächlichen Entwicklungen in dieser Region sagen?

VP: Dazu gibt es mehrere Dinge zu sagen. Erstens geht es hier um die alten französischen Kolonien in Afrika. Sie wissen, dass Frankreich einst fast die Hälfte des afrikanischen Kontinents unter seiner Kontrolle hatte. Das sind die alten französischen Kolonien. Viele von ihnen erlangten zwischen 1958 und 1961 ihre Unabhängigkeit, aber sie erlangten ihre Unabhängigkeit auf eine eingeschränkte Weise. So verwenden sie zum Beispiel alle weiterhin den französischen Franc als Hauptwährung. Alle verpflichteten sich, mindestens 50 % ihrer Währungsreserven bei der französischen Zentralbank und nicht in ihren eigenen Ländern zu halten. Die Franzosen beherrschten diese Länder weiterhin wirtschaftlich. Viele von ihnen waren Hauptproduzenten von Rohstoffen. Und die französischen Unternehmen beherrschten sie weiterhin. Niger zum Beispiel ist ein großer Uranproduzent. Frankreich beherrschte die Uranminen in Niger, in Agadez, leider auch in Arlit, von den 1960er Jahren bis heute. Die französische Vorherrschaft hielt also an.

Es gab immer wieder Bestrebungen und Widerstände gegen die Rolle Frankreichs. Aber es gab etwas, das in gewisser Weise das Fass zum Überlaufen brachte. Im Jahr 2011 ereigneten sich zwei Vorfälle. Einer davon war die Art und Weise, in der Frankreich in der Elfenbeinküste militärisch intervenierte, um in ein Wahlergebnis einzugreifen und einen Präsidenten an der Amtsübernahme zu hindern. Frankreich griff militärisch ein. Das hat in vielen Teilen des ehemals frankophonen Afrikas, dem so genannten Francafrique, für viel Unmut gesorgt. Viele Menschen waren verärgert über die Ereignisse in der Elfenbeinküste, und das ist noch nicht vergessen. Wenn man mit Politikern im gesamten ehemaligen Französisch-Afrika spricht, sogar in Gabun, erklären die Menschen die Intervention Frankreichs für ungerechtfertigt, illegal und dergleichen, auch wenn sie in gewissem Maße von der UN unterstützt wurde.

Das zweite Ereignis fand 2011 in Libyen statt, als Frankreich den Weg zur Zerstörung des libyschen Staates im Krieg der NATO anführte. Diese beiden Ereignisse aus dem Jahr 2011 waren die Tropfen, die das Fass zum Überlaufen brachten. Nachdem die Franzosen zusammen mit den Amerikanern in Libyen einmarschiert waren, bombardierten sie das Land in Grund und Boden. Viele der Dschihadisten, die Frankreich und die Vereinigten Staaten aus Syrien und der Türkei nach Libyen gebracht hatten, sind Leute von der Libyschen Islamischen Kampfgruppe, die Libyen in den 1990er Jahren verlassen hatten, nach Afghanistan gegangen waren und die der Westen als Stoßtruppen gegen Gaddafi zurückholte. Viele dieser Leute gingen nach Südalgerien, schlossen sich Al-Qaida-Gruppen an und gingen dann nach Süden, nach Mali, nach Burkina Faso, bis in den Norden Nigerias. Sie erzielten immense Erfolge. Frankreich, erschrocken über die Büchse der Pandora, die es nicht nur geöffnet, sondern auch geschaffen hatte, intervenierte 2013 mit der Operation Barkhane in Mali und 2015 in Burkina Faso und Niger. In Agadez in Niger gibt es eine riesige US-Militärbasis, die größte Drohnenbasis der Welt. Der Westen interveniert also in dieser Region, um der Bedrohung durch die Dschihadisten zu begegnen. In Wirklichkeit ging es aber auch um die Migranten, die nach Norden in Richtung Europa strömten. Ich meine, die Europäer haben eine Grenze in der Sahelzone errichtet, die Franzosen nennen sie G5 du Sahel - mit Mitteln der Europäischen Union. Die Europäische Union finanzierte sogar den Einsatz von Überwachungstechnologie mit künstlicher Intelligenz in Niger, die in Europa verboten ist. Ein echter Skandal, aber solche Maßnahmen wurden ergriffen.

Nun gut. In diesem Teil der Welt wurden die linken politischen Kräfte während der neoliberalen Periode, als der IWF kam und diese Länder verarmte, ziemlich zerstört. Die Linke bestand in Gewerkschaften, Bauernorganisationen und dergleichen weiter. Aber in Bezug auf die parteipolitische Dynamik waren viele von ihnen entkräftet worden. Menschen wurden umgebracht, ins Exil geschickt und waren nicht mehr funktionsfähig. Als die politische Katastrophe des NATO-Krieges in Libyen ihren Anfang nahm, war das Militär in vielen dieser Länder die einzige politische Kraft, die für junge Menschen, insbesondere für Männer, die aus ländlichen Gebieten und aus dem Kleinbürgertum kamen, zur Verfügung stand. Es war klar, dass es zu Aktivitäten kommen würde. Aber es muss gesagt werden, dass viele junge Menschen in Ouagadougou, Burkina Faso, Bamako, Mali, und in Timbuktu, Nordmali, auf die Straße gegangen sind. Viele Massendemonstrationen junger Menschen, aber keine politische Formation, die sich gegen die französische Militärbesetzung ihrer Länder hätte wehren können. Also führt das Militär diese Putsche durch: Zwei in Mali, zwei in Burkina Faso, einen in Guinea, einen in Niger und jetzt in Gabun. Gabun ist etwas anders. Dazu komme ich gleich. Das Militär kam also an die Macht und hat in all diesen Ländern schnell eine zivile Verwaltung aufgebaut. In all diesen Ländern gibt es auch eine zivile Regierung. Und interessanterweise geben sie sich, wie Assimi Goita in Burkina Faso und Mali, als die Kinder von Thomas Sankara aus. Sie kleiden sich sogar wie er und reden wie er.

ECOWAS hat in den letzten 15 Jahren einen Wirtschaftsblock [gebildet]. Sie haben diese friedenserhaltende Kraft geschaffen. Das ist nicht wirklich der Ursprung der ECOWAS. Und

sie haben mit dem Westen zusammengearbeitet, um hier, dort und überall zu intervenieren. Als die Putsche stattfanden, insbesondere in Niger, stellte Niger eine Bedrohung dar, weil Niger die Quelle der französischen Kernkraftindustrie ist. Von dort kommt das Uran, und dort gibt es eine große Drohnenbasis, die von den Amerikanern betrieben wird. Sie [die ECOWAS] sagten, wir müssen diese Dynamik, diese Putsche stoppen: Guinea, Burkina Faso, Mali usw. Niger ist der Ort, an dem wir einen Schlussstrich ziehen müssen. Das darf nicht passieren. Es gab also eine Drohung der ECOWAS-Truppen, in Niger einzumarschieren. Nun geschahen zwei Dinge. Erstens gab es in Niger Massendemonstrationen gegen die militärische Intervention [der ECOWAS]. Das bedeutet, dass die Intervention einen Bürgeraufstand zur Folge haben wird. Zweitens gaben Mali und Burkina Faso Erklärungen ab, in denen sie sagten, wenn ihr Niger angreift, werden wir einmarschieren und euch angreifen. Und jetzt haben sie tatsächlich eine Gruppierung namens AES - die Gruppierung der sahelischen Staaten - gegründet, die im Grunde ein Sicherheitspakt ist. Sie haben gerade dieses Abkommen unterzeichnet. Nun gut. Dann trafen sich die Generäle aus Nigeria, Ghana und anderen Ländern im Militärausschuss der ECOWAS. Gleich danach kühlte sich die Stimmung ab. Sie sagten im Grunde, dass ihre Truppen nicht in Niger stationiert würden, und damit war es vorbei.

Warum also ECOWAS? Warum hat Frankreich nicht direkt interveniert? Wir wissen, was in Mosambik vor sich ging. Vor ein paar Jahren habe ich eine Reihe von Berichten geschrieben. Ich war in Cabo Delgado, im Norden Mosambiks, wo das französische Unternehmen TOTAL sowie ExxonMobil eine große Erdgasplattform vor der Küste haben. Es ist das ärmste Gebiet Mosambiks. Dort gab es einen Aufstand gegen die französische und US-amerikanische Erdgasplattform, einen großen Aufstand. Das mosambikanische Militär konnte den Aufstand nicht niederschlagen. Die Polizei konnte ihn nicht bewältigen. Also schlossen die Franzosen ein Abkommen mit Paul Kagame aus Ruanda und schickten ruandische Truppen, Tausende von ihnen, in den Norden von Cabo Delgado, wo sie alle möglichen Methoden anwandten. Es gibt keine Kontrolle. Ich weiß nicht, welche Menschenrechtsverletzungen [dort] geschehen sind. Wo ist Frau Baerbock, wenn es um die Intervention Ruandas in Cabo Delgado geht? Das war eine illegale Intervention. In gewisser Weise wollen Frankreich und die Vereinigten Staaten diese Konflikte also „ruandisieren“. Sie wollen, dass sich afrikanische Truppen damit befassen. [In diesem Fall] ECOWAS in Niger anstelle der ruandischen [Armee]. Aber die Generäle aus Ghana und Nigeria waren dagegen. Wir befinden uns also in einer interessanten Stellung.

Gabun ist anders. Gabun ist Haiti insofern ähnlich, als die Familie Bongo seit über 60 Jahren in Gabun regiert. Omar Bongo übernahm die Macht in den Sechzigern. Ich meine, 60 Jahre lang haben sie dieses reiche Land ausgeplündert und es in bitterer Armut gehalten. Dies war ein Aufstand gegen die Familie Bongo. Dies ist nicht wirklich ein Aufstand gegen Frankreich. Er ist nicht so sehr antifranzösisch. Er richtet sich gegen die Familie Bongo. Die Bongo-Familie ist verschwunden. Genauso wie die Duvaliers aus Haiti entfernt wurden. Es gibt eine neue Regierung, der Oppositionsführer ist jetzt an der Macht in Gabun. Aber es ist

unwahrscheinlich, dass diese Regierung in Gabun in der Lage sein wird, eine gute Agenda aufzustellen. Sie könnte die Dinge also weiter radikalisieren. Aber auch in Benin, einer anderen ehemaligen französischen Kolonie, gab es kürzlich Proteste. In Sierra Leone, im Senegal und so weiter gab es erste Anzeichen von Demonstrationen. Ich weiß nicht, was passieren wird, aber mit Sicherheit wird Frankreich, ein mittelmäßiges Land, aus Afrika vertrieben. So viel kann ich sagen.

ZR: Ich möchte dieses Interview mit einem sehr wichtigen Tag abschließen, dem 11. September 2001. Vor 22 Jahren wurden die Vereinigten Staaten von Terroristen angegriffen, woraufhin [die USA] den Krieg gegen den Terror und 2003 den Krieg im Irak entfesselten. Könnten Sie 22 Jahre später erläutern, wie der Krieg gegen den Terror die Welt verändert hat und ob wir sicherer und demokratischer geworden sind, wie es [von den USA] als Ziel angegeben wurde, oder ob das Gegenteil eingetreten ist?

VP: Ein interessantes Thema, denn in vielerlei Hinsicht handelt es sich um den Status quo. Das Einzige, was besiegt wurde, ist Al-Qaida als eine Kraft, die in der Lage ist, die Vereinigten Staaten anzugreifen. Al-Qaida war in vielerlei Hinsicht ein Produkt der US-Intervention in Afghanistan in den 1980er Jahren. Al-Qaida wurde durch den verdeckten und offenen Krieg der Central Intelligence Agency gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hervorgebracht. Das war also Al-Qaida. In gewisser Weise war dies eine Säuberungsaktion. Al-Qaida wandelte sich dann, als die Vereinigten Staaten in Saudi-Arabien einfielen, um zu versuchen, die Truppen von Saddam Hussein 1990-1991 aus Kuwait zu vertreiben. Zu diesem Zeitpunkt zeigte sich Osama bin Laden, der Scheich von Al-Qaida, verärgert über die Anwesenheit von US-Truppen in seinem Heimatland Saudi-Arabien. Also wendet er sich gegen die USA, geht in den Sudan, kehrt dann nach Afghanistan zurück und beginnt mit der Planung von Anschlägen im Jemen, in Tansania und so weiter, sowie einigen in den Vereinigten Staaten. Der Angriff am 11. September war ein außergewöhnliches Ereignis, daran besteht kein Zweifel. Vier Flugzeuge wurden entführt, Gebäude in den USA zum Einsturz gebracht und so weiter. Damals bot die Taliban-Regierung in Afghanistan den USA die Auslieferung von Al-Qaida an. Aber man müsse bin Laden in ein muslimisches Land zum Prozess überführen. Man kann ihn nicht in den USA vor Gericht stellen. Bei Auslieferungsverhandlungen ist eine solche Forderung ziemlich legitim. Sie hatten Bedingungen gestellt. Sie sagten, wir würden ihn ausliefern, aber nicht nach Amerika. Wir werden ihn vielleicht nach Pakistan oder in ein muslimisches Land ausliefern, vielleicht nach Saudi-Arabien. Sie [Saudi-Arabien] hätten ihn übrigens auch hingerichtet. Die USA hätten den Deal annehmen und ihn nach Saudi-Arabien bringen lassen sollen. Sie hätten ihn hingerichtet. Aber die USA sind törichterweise nicht auf den Deal eingegangen. Und stattdessen sind die Taliban nach 20 Jahren Krieg in Afghanistan zurück. Der Status quo bleibt also bestehen. Nur Al-Qaida existiert nicht mehr. Aber Al-Qaida hat Generationen von radikalen Islamisten ausgebildet, die jetzt in Afrika Verwüstung anrichten, wie wir bereits erwähnt haben, im Norden Malis, in Teilen Südalgeriens und heute in Libyen. Derna, die Stadt, die von Überschwemmungen verwüstet und zu 95 % zerstört wurde, war die Heimat

der Libyschen Islamischen Kampfgruppe. Als ich Derna besuchte, gab es in der Stadt viele Moscheen, und die Scheichs dort waren sehr aufgeschlossen. Sie hatten andere Vorstellungen von der Welt. Sie waren in vielerlei Hinsicht ziemlich rechtsgerichtet. Das waren keine heterodoxen islamischen Traditionen aus Libyen. Das wurde alles aus der Golfregion exportiert. Libyen hat eine sehr große heterodoxe islamische Tradition, eine Menge Sufismus und so weiter. Nicht alles davon ist gut, aber es ist eine komplizierte Tradition. Diese Al-Qaida-Mitglieder haben sich über die ganze Welt verteilt. Guantanamo gibt es immer noch. Dieser Krieg gegen den Terror hat die Hände vieler böswilliger Regierungen auf der ganzen Welt gestärkt. Aber Zain, im Großen und Ganzen ist es der Status quo. Dieser ganze Krieg, all das Leid, all der Tod. Und am Ende sind die Taliban wieder an der Macht. Pakistan befindet sich immer noch im Chaos. Oder? Was ist der Fortschritt? Es gibt kein gutes Ergebnis. Und deshalb müssen die Liberalen, besonders im Westen, wirklich in sich gehen und über ihre Unterstützung für Kriege nachdenken. Die Liberalen haben diesen Krieg unterstützt, humanitäre Interventionen hier, dort und überall. Im Ernst? Ich meine, warum erholt sich Somalia heute? Was das Horn von Afrika erholt, ist nicht der Krieg gegen den Terror, sondern die Gürtel- und Straßeninitiative der chinesischen Regierung, die tatsächlich die Grundlage für eine gewisse Stabilität am Horn von Afrika schafft. Die Liberalen im Westen müssen darüber ernsthaft nachdenken. Frau Baerbock sagt zwar, Xi Jinping sei ein Diktator, aber ich meine, dass die Chinesen niemanden angegriffen und kein Land zerstört haben. China hat kein einziges Land zerstört. Nun, die Leute mögen sagen, naja, es hat Tibet zerstört. Wenn Sie glauben, dass die Chinesen Tibet zerstört haben, besuchen Sie Tibet. Fahren Sie mit dem Zug in Tibet. Sie haben dort eine Infrastruktur aufgebaut, die die Lamas 300 bis 400 Jahre lang nicht gebaut haben. Als die Lamas in Tibet an der Macht waren, herrschte dort eine rücksichtslose feudale Autokratie, in der die Lamas das tibetische Volk wie Leibeigene behandelten. Die Situation ist jetzt anders. Besuchen Sie es. Ich verstehe, dass die Menschen eine sympathische emotionale Einstellung zum tibetischen Buddhismus haben. Aber informieren Sie sich über die Zeit vor 1951 in Tibet und über die Geschichte der tibetischen Kommunisten, die an dem Versuch beteiligt waren, die Monarchie der Lamas zu beseitigen. Es ist eine Monarchie. Es ist eine Art Königssituation. Der Potala-Palast, ein so bemerkenswerter Ort voller Reichtümer. Währenddessen kämpfen die Menschen auf dem Boden um Nahrung. Lassen Sie uns also eine ehrliche, praktische Diskussion darüber führen, was der bessere Weg ist. Ich glaube nicht, dass der Krieg gegen den Terror vernünftige Ergebnisse gebracht hat, in vielen Fällen den Status quo, in vielen Fällen großes Leid und Zerstörung. Der Irak. Ein typisches Beispiel.

ZR: Vijay Prashad, Historiker, Autor und Journalist, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit genommen haben.

VP: Es war mir ein Vergnügen, Zain. Und passen Sie auf sich auf. Sie verletzen sich ständig. Passen Sie auf.

ZR: Vielen Dank, Vijay. Ich werde das auf jeden Fall berücksichtigen. Und danke für Ihr Interesse an unserem Programm. Wenn Sie unseren Kanal verfolgen, sollten Sie heute

spenden, denn wir sind eine kleine, unabhängige und gemeinnützige Organisation. Das bedeutet, dass wir kein Geld von Regierungen oder Konzernen annehmen und nicht einmal Werbung zulassen - alles mit dem Ziel, Sie mit Informationen zu versorgen, die frei von äußeren Einflüssen sind. Beachten Sie auch, dass wir ein sehr kleines Team sind, das aus einem Vollzeitmitarbeiter und fünf Minijobbern besteht. Deshalb können wir Sie nicht täglich mit Inhalten versorgen, vor allem nicht mit deutschen Inhalten, die zu übersetzen, zu vertonen und zu korrigieren Zeit kostet. Wenn Sie also für unseren Kanal spenden, können wir einen unserer Mini-Jobber auf eine Vollzeitstelle einstellen und sicherstellen, dass wir Ihnen die Inhalte direkt nach dem Interview zur Verfügung stellen können. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bis zum nächsten Mal!

ENDE